

Niederschrift

zur **77. Sitzung** des bezirklichen Kleingartenbeirats am 15.11.2019, 16.30 Uhr,
Rathaus Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 100, Gertrud-Bäumer-Saal

Anlage 1: Anwesenheitsliste

Zu TOP 1: Eröffnung

Zu TOP 2: Niederschriften vergangener Sitzungen

Das Protokoll der 74. Sitzung vom 22.02.2019 ist in der 76. Sitzung als Druckstück verteilt worden und anschließend auch per Mail verbreitet. Es haben sich bisher keine Einwände ergeben. Das Protokoll ist damit angenommen.

Die Protokolle der 75. Sitzung vom 24.05.2019 und der 76. Sitzung vom 16.08.2019 sind mit der Terminankündigung am 07.11.2019 für diese 77. Sitzung verteilt worden.

Zu TOP 3: KGA „Oeynhausen“:

- a) Bezirksstadtrat Schruoffeneger berichtet, dass zum Städtebaulichen Vertrag über das Maximilians Quartier eine Ergänzung zum Lärmschutz des Blocks A unterzeichnet worden sei. Die Baugenehmigung für Block A erhalte in Kürze Bestandskraft. Damit sei der Weg für die Fortführung des B-Plan-Entwurfs IX-205a gegeben (Dauerkleingärten für die nicht landeseigene Fläche der KGA Oeynhausen).
- b) Zur Sperrung des höherliegenden Fußwegzugangs der Forckenbeckstr. zu den Kleingärten im Bereich Rosenweg/Veilchenweg bis Ende 2022 erläutert Bezirksstadtrat Schruoffeneger, dass dies wegen der Baumaßnahmen zur Erschließung des Maximilians Quartier sowie für die Bauvorbereitung des Kita-Geländes zu dem Vorhaben erforderlich sei. Es sei aus Verkehrssicherungsgründen unzulässig, einen öffentlichen Weg durch eine Baustelle mit allem ihren Gefahren zu leiten. Er verweist auf den Zugang am östlichen Ende, für den extra ein zeitweiser Zebrastreifen angeordnet und ausgeführt worden sei.

Zu TOP 4: KGA „Wiesbaden“: Weiterer Umgang mit den von Kündigung betroffenen angeschnittenen Parzellen? Sachstand zum Land Berlin-Teil im Prüfstand des StEP Wohnen.

Hr. Ludwig verweist zu der Frage auf das Protokoll der 76. Sitzung des Kleingartenbeirats, zu TOP 11. Eine Klärung mit dem FB Stadtplanung, welche Zeitschiene für die Beplanung besteht, und daraus, welche Lösung bezüglich des Zwischenpachtvertrages sich ergeben soll, sei noch offen. Aus pachtvertraglicher Sicht ergeben sich die Alternativen einer sofortigen Herausnahme aus dem Zwischenpachtvertrag (ZPV) oder aber ein zeitweiser Verbleib darin und die Definition der Teilfläche als Rahmengrün.

Bezirksstadtrat Schruoffeneger ergänzt, dass die landeseigene Fläche der KGA Wiesbaden weiterhin im StEP Wohnen enthalten sei.

Zu TOP 5: KGA „Bundesallee“ Sachstand zum Schutz des KGA-Außenzaunes im Bereich der Stellplatzmarkierungen gegen Beschädigungen durch parkende Kfz?

Fr. Schulz möchte nun endlich Klarheit über das Verwaltungsvorgehen gegen die Zaunbeschädigungen. Hr. Ludwig berichtet, dass aufgrund der angespannten Personallage keine Information aus dem FB Tiefbau habe erlangt werden können.

Zu TOP 6: Siedlung „Mannheim“; Sachstand zu Rückbaumaßnahmen?

Bezirksstadtrat Schruoffeneger berichtet über erste gerichtliche Erfolge für Abriss und Abräumen von unzulässigen Baulichkeiten dort. Evtl. seien auch bezirkliche Ersatzvornahmen nötig.

Zu TOP 7: KEP – aktueller Sachstand und Nachfrage zu den Auswahlkriterien für die von StEP Wohnen benannten Kolonien mit „Prüfauftrag“ als Wohnbau-Potentialflächen

Bezirksstadtrat Schruoffeneger gibt bekannt, dass aktuell die Senatsvorlage erstellt sei und im Abstimmungsverfahren im Hause SenUVK, anschließend gehe sie zur Mitzeichnung an die anderen berührten Senatsverwaltungen, dem folge die schlussendliche Erarbeitung der Senats-Beschlussvorlage.

Hr. Thomas bemängelt die ab dem Sommer fehlende weitere Information und Rückkopplung von SenUVK zu den Kleingartenverbänden, was auch dem Landesverband missfalle.

Hr. Ludwig ergänzt aus den ihm zugegangenen Informationen, dass nach fehlendem Rücklauf zum letzten anberaumten Gesprächstermin aus dem parlamentarischen Bereich, aus dessen Kreis explizite Mitwirkung zugesagt worden sei, das Mitwirkungsverfahren seitens der Senatsverwaltung als abgeschlossen angesehen worden sei.

Zu TOP 8: Mietergärten i.E. (auf Tiefbaufl., ehem. Planstr. „Nenndorfer Weg“) bei KGA „Oeynhausen“; neue Zwischenpachtverträge?

Hr. Ludwig bedauert, dass aus Gründen der angespannten Personallage hierzu noch keine weitere Entwurfsbearbeitung habe stattfinden können. Zu den Stellungnahmen des BV Wilmersdorf habe es dazu am 29.10.2019 in der Kleingartenverwaltung einen Gesprächstermin mit dessen Vertreterinnen gegeben.

Zu TOP 9: Kleingarten-Verwaltungsvorschriften von SenUVK: Neuvorlage beschlossen?

Bezirksstadtrat Schruoffeneger erläutert, dass die Verwaltungsvorschrift zu den landeseigenen Kleingärten erst ab dem 1. Quartal 2020 in der Überarbeitung angefangen werden soll. Grund dafür seien die noch nicht abgeschlossenen Arbeiten am KEP, die zeitraubend seien und eine hohe Detailgenauigkeit verlangen. Die Geltung der VV „Kleingärten“ solle durch Erklärung verlängert werden.

Hr. Ludwig berichtet aus einem Telefonat mit SenUVK vom Tage, dass die VV „Kleingärtnerische Gemeinnützigkeit“ anstelle einer Gültigkeitsverlängerung neu erstellt werden solle. Es sei vorgesehen, erste Vorschläge dazu dem GALK-FA Kleingarten am 28.11.2019 vorzustellen.

Zu TOP 10: KGA „Am Hohenzollerndamm“: Baulichkeit mit > 60 m² mit Baugenehmigung in desolatem Zustand, UPV beendet, Fördergelder zur Parzellenteilung von SenUVK abgelehnt, wie weiter?

Fr. Haack dringt auf eine Lösung zu dem Problem.

Bezirksstadtrat Schruoffeneger zitiert dazu die Berichtsvorlage von Hrn. Ludwig, nach der am 23.08.2019 ein Ortstermin stattgefunden habe. Im Ergebnis des dazu erstatten Berichts habe SenUVK jedoch klargestellt, dass für KGAs, die nach derzeitigem Stand des KEP 2030 nur in Entwicklungskategorie 3 seien, es keine Fördergelder zu Parzellenteilungen geben könne.

Hr. steuert bei, dass im Nachgang zu der dazu seitens der Kleingartenverwaltung erfolgten Einrede SenUVK angedeutet habe, andere Lösungen vorschlagen zu wollen; aber erst solle der große Druck der Erstellung des KEP weg sein.

Zu TOP 11: Kleintierhaltung im Kleingarten (Wachteln) – Registrierung als Geflügelhalter durch das Veterinäramt – Widerspruch zum BKleingG? Klärung?

Bezirksstadtrat Schruoffeneger verweist auf das Protokoll der 76. Sitzung des Kleingartenbeirats, zu TOP 18. Ein Koordinationsgespräch mit dem FB Veterinärmedizin/Lebensmittelaufsicht habe aufgrund der dünnen Personaldecke im FB TiefGrün-Verwaltung noch nicht stattfinden können.

Zu TOP 12: VDBG strebt Änderung des BKleingG mit offizieller Vertretung von Kleingärtnern an. Haltung des BA?

Bezirksstadtrat Schruoffeneger erläutert, dass derartige Vorstöße des VDBG den Bereich der ausschließlichen Gesetzgebung des Bundes berühren.

Hr. Ludwig ergänzt aus einem Telefonat mit SenUVK vom Tage, dass es von dort keine Befürwortung geben werde. Die Berührungen mit anderen Gesetzen (BauGB z.B.) seien zu komplex.

Zu TOP 13: KGA „Kissingen“ – Eingeschränkte Bewirtschaftung ggü. BKleingG? - Artikel 14.8.2019 „Berliner Woche“

Hr. Ludwig äußert, dass es dazu aufgrund der angespannten Personallage bei der Kleingartenverwaltung noch kein Gespräch mit Hrn. Wilde (KGA-Vorstand und zugleich Zwischenpächter) habe geben können. Bevor dieses nicht stattgefunden habe, könne keine Erklärung dazu abgegeben werden, dies auch, zumal Hr. Wilde anwesend sei

Zu TOP 14: Unterpachtvertrag/Kündigungsrecht infolge Kenntnis über gärtnerisch genutzten anderweitigen Grundbesitz des Unterpächters?

Zu der Frage von Hrn. Thomas erläutert Hr. Ludwig, dass es hat eine Zeitlang eine Bestimmung in den Muster-Unterpachtverträgen (Muster UPV-), gegeben, welche den Inhalt hatten, Kleingartenpacht bei anderweitigem Grundbesitz auszuschließen. Diese Bestimmung sei (unter Mitwirkung des Landesverbandes Berlin der Gartenfreunde) in der Fassung 2009 der VV „Kleingarten“ entfernt worden. Er ergänzt, dass es somit maximal empfehlenswert sei, bei der Registrierung der Bewerbungen eine Angabe über andere eigene private Grundstücksnutzungen mit aufzunehmen, um dadurch ein Kriterium für eine Dringlichkeit zu haben.

Themen des BV Charlottenburg:

Zu TOP 15: Wird zwischen den sog. angeschnittenen Parzellen im Bereich der KGaen „Golfplatz“, „Ruhwald“ und „Westend“ und den MEG-Parzellen die Rückbaupflicht übergroßer Baulichkeiten gleichartig behandelt?

Hr. Ludwig berichtet, dass eine gleichartige Behandlung, wie seinerzeit in 2011 bereits ausführlich dargestellt worden sei, aus Gründen des Ehe-, Familien- und Erbschaftsrechts nicht möglich sei, da Eingriffe in gesetzliche Vertrauenstatbestände nicht zulässig seien.

Er präzisiert, dass erst bei einer aktiven Änderung der Person des Eigentümers durch Verkauf eine Eingriffsmöglichkeit dergestalt bestehe, wie sie gleichartig in der Anlage 7 (= „Zusatzvereinbarung zum Umgang mit übergroßen Lauben“) des neuen Zwischenpachtvertrages (ZPV-neu) festgeschrieben worden sei. Diese Eingriffsmöglichkeit sei diesen Rahmenbedingungen entsprechend im Städtebaulichen Vertrag mit der Miteigentümergeinschaft (MEG) Spandauer Damm festgeschrieben worden.

Zu TOP 16: Ist im Zuge einer neuen Kleingartenverwaltungsvorschrift ein neuer Zwischenpachtvertrag bzw. ein Auslaufen der Zusatzvereinbarung zum Umgang mit übergroßen Lauben geplant?

Bezirksstadtrat Schruoffeneger stellt unter Verweis der Angaben zu TOP 9 (oben) klar, dass ggf. etwa zu ändern gewollte Inhalte nicht einmal ansatzweise anskizziert seien.

Der bestehende Rahmenvertrag vom Herbst 2011 zur Inkraftsetzung des mit leichten Änderungen ausgehandelten Muster-ZPV werde nicht automatisch durch eine neue VV „Kleingärten“ aufgehoben.

Die Kleingartenverwaltung und er seien der Auffassung, dass die gegebene Zusatzvereinbarung einen großen Fortschritt zur Verringerung illegalen Baubestandes in Kleingärten mit sich gebracht habe.

Die vom BV Chbg. gewünschte Betragsänderung der Ansparraten auf künftige Abrisse, welche aufgrund der stark angehobenen Baupreise gewünscht wird, finde bei ihm und in der Kleingartenverwaltung offene Ohren. In Kürze solle dazu eine Änderung der Anlage der Zusatzvereinbarung erfolgen.

Zu TOP 17: Wird es seitens des Landes Berlin längerfristige Sicherungen von Kleingartenflächen geben (>30 Jahre)? Welche Absichten zu einer längerfristigen Sicherung hat der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf?

Bezirksstadtrat Schruoffeneger berichtet, dass es im parlamentarischen Raum Ideen und Diskussionsvorschläge zu einem Schutzgesetz über die landeseigenen Kleingartenflächen gebe. Dies werde die Diskussion zur VV „Kleingärten“ (vgl. TOP 9) beeinflussen. Er meint, dass dabei inhaltlich die Anforderungen aus dem StEP Gewerbe und Zentren einzubeziehen seien.

Hr. Thomas trägt dazu bei, dass es vor allem auch dem Landesverband Berlin der Gartenfreunde zustehe, an der Willensbildung dazu mitzuwirken.

Zu TOP 18: Zukunft der KGaen „Kalowswerder“, „Olbersstr.“ und „Lambertstr.“ (bisher als Splitterfläche nicht mehr im KEP 2030, angeblich nun doch unter KEP-Kategorie 3 bis 2030)?

Hr. Ludwig berichtet aus dem Telefonat mit SenUVK vom Tage, dass alle drei bezeichneten KGaen nunmehr in die Entwicklungskategorie 3 (Bestand bis 2030) gerückt werden sollen.

Hr. Stolpe freut sich, dass damit die bereits seit Jahren schutzlose KGA Kalowswerder wieder eine wenn auch befristete Perspektive habe.

Zu TOP 19: Weiterführung der Sicherungsmaßnahmen der Böschung zwischen FEA „Neue Hoffnung“ und KGA „Wiesengrund“, wann? Zusätzlich: Ähnliches Thema innerhalb der KGA „Stichkanal-Mulde“.

Hr. Ludwig erläutert die Absicht einer Weiterführung für die FEA „Neue Hoffnung“ in 2020. Eine solche Maßnahme müsse als Baumaßnahme in Ausschreibung, Steuerung und Ausführungsüberwachung durch den FB Grünflächen stattfinden.

Für die KGA „Stichkanal-Mulde“ wurden im Gespräch mit Hrn. Stolpe seitens der Kleingartenverwaltung Vorschläge zu einer stufenweisen Ausbildung der Hangsituation und dadurch zu einer Verflachung und Verringerung der rutschgefährdeten Massen gemacht.

Evtl. können Sachkosten durch den Kleingarten-Investtitel übernommen werden.

Zu TOP 20: Sanierung des Spreeuferweges zwischen Autobahnbrücke und Bezirksgrenze Spandau?

Hr. Ludwig berichtet, dass es eine Planung von SenUVK zu einer Grundstückseigentümer-übergreifenden Maßnahme unter dem Dach der InfraVelo gebe. Dazu gebe es eine Reihe Berührungs-/Schnittpunkte mit Planfeststellungs-/Ausführungsresten der WSV zur Schleuse Charlottenburg sowie mit dem Bauvorhaben der DEGES zum Ersatzneubau von Rudolf-Wissell-Brücke (RWB) und AD Charlottenburg. Mitarbeiter der InfraVelo seien bereits beim FB TG V gewesen und haben sich eingehend über die verschiedenen Eckpunkte informieren lassen.

Zu TOP 21: Zeitschiene für Weiterführung der KGA „Pretoria“ (im Themenvorschlag als „Pascalstr.“ benannt); Flächen-Rückkauf aus BSR-Vermögen, Perspektiven der bezirklichen Entwicklung dort?

Bezirksstadtrat Schruoffeneger erklärt, dass es zu dem Themenkomplex Pläne und Vorgespräche gebe. Jedoch hänge vieles u.a. vom DEGES-Projekt RWB- und AD Chbg-Ersatzneubau ab, da die BSR nach Norden ziehe (ehem. Flughafengelände).

Zu TOP 22: Gemäß SenUVK soll es neue SIKO- und Verkehrskonzept-Flächen geben. Ist der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf davon betroffen?

Gegenwärtig, so Bezirksstadtrat Schruoffeneger, gebe es keine bezirklichen Planungen im SIKO-Bereich. Hinsichtlich Verkehrskonzepte verweist er auf das schon bezeichnete Vorhaben der DEGES zu RWB und AD Chbg.

Zu TOP 23: Stand des Verfahrens zum Ersatzneubau Rudolf-Wissell-Brücke und AD Charlottenburg?

Hr. Ludwig berichtet, dass am 25.03.2019 ein sog. Scoping-Termin zum Umfang und Tiefe der Umweltverträglichkeitsprüfung stattgefunden habe. Daran habe kleingartenseitig Hr. Matthei vom gf. Vorstand des BV Chbg. teilgenommen.

Er ergänzt, dass am 07.11.2019 der vorbereitende TöBB-Termin stattgefunden habe, zu dem seitens DEGES noch kein Protokoll vorliege. DEGES habe den gegenüber dem Scoping-Termin wesentlich größeren Teilnehmerkreis über das Vorhaben und Ergebnisse aus dem Scoping-Termin informiert. Insbesondere seien für die vorwiegend straßengeführte Logistik doch erheblich größere Wegeführungen bereits im Vorfeld zu einem technischen Bauanfang erforderlich, als bisher erkannt. Die Kleingartenverwaltung habe darauf hingewiesen, dass jegliche Inanspruchnahme von Kleingartenflächen aus der Planfeststellung heraus erst nach abschließender Bestandskraft der Planfeststellung zulässig sei, dies anders als bei B-Plänen, wo die Planreife dazu ausreiche.

Für die in den nächsten Wochen vorgesehenen Baugrunderkundungen in Kleingärten und öffentlichen Grünflächen liegen bereits die Anträge auf Befahr- und Bohrerlaubnisse vor.

Themen des Kleingartenvereins Kissingen:

(keine Meldungen eingegangen)

Zu TOP 24: Verschiedenes

Hr. Ludwig informiert, dass durch Nachberechnung der BSR zu einer dort seit 2016 nicht beachteten Änderung der 21. VO zur Änderung des Straßenverzeichnisses es eine erhebliche Mehrbelastung für das mit Kleingärten belegte Feld östlich der Lise-Meitner-Str., nördlich der Hamburger und Lehrter Bahn, geben werde (ca. 38 T EUR). Der Bezirk sei gehalten, diese der Zwischenpächter gegenüber nachzuerheben.

Hr. Stolpe erbittet Informationen zur Baustelle beim Wasserverband neben Graben 7. Hr. Ludwig erläutert, dass dies eine Baustelle von SenUVK im unterirdischen Verlauf des Pfefferluchgrabens (Fortleitung hinter Übergabemuffe des Wasserverbandes) sei, und dass die Havarie vor Wintereintritt und vorläufiger Einstellung der Baumaßnahmen nicht habe beseitigt werden können, es folglich im Frühjahr 2020 weitergehe.

Bezirksstadtrat Schruoffeneger ergänzt, dass im Doppel-Haushaltsplan 2020/2021 der Ansatz für die Beiträge zum Wasser- und Bodenverband Pfefferluch auf 30tsd EUR angehoben worden seien.

Als nächste Sitzungstermine werden einvernehmlich vorgeschlagen: 28.02., 29.05., 21.08., 20.11.2020.

Ende dieser Sitzung: 17.45 Uhr.

Oliver Schruoffeneger
Bezirksstadtrat

Ralf-M. Ludwig
(Protokollführer)

(Hinweis: Der Versand erfolgt vorwiegend auf elektronischem Wege; dieses Schreiben trägt daher keine Unterschrift. Eine unterschriebene Fassung liegt vor.)